



# SVV Sicherheitsmonitor 2018

Die Schweiz zwischen  
Sicherheit, Risiko und Freiheit

Kurzbericht

ASA | SVV



**sotomo**  
gesellschaft, politik & raum ■ ■ ■

### **Auftraggeber**

Schweizerischer Versicherungsverband SVV  
Conrad-Ferdinand-Meyer-Strasse 14  
8022 Zürich

### **Auftragnehmer**

Forschungsstelle sotomo  
Dolderstrasse 24  
8032 Zürich

### **Autoren (alphabetisch)**

Lorenz Bosshardt  
Gordon Bühler  
Michael Hermann  
David Krähenbühl  
Matthias Mahrer

### **Fachliche Begleitung**

Tibor Szvircsev Tresch  
Thomas Ferst  
Dozentur Militärsoziologie  
Militärakademie, ETH Zürich

**Zürich, Juni 2018**



## In Kürze

Im Auftrag des Schweizerischen Versicherungsverbandes (SVV), dem Dachverband der Privatassekuranz, hat die Forschungsstelle sotomo 10'401 Personen in der Schweiz zu ihren Sicherheitseinschätzungen befragt. Fachlich begleitet wurde sotomo von der Dozentur Militärsoziologie der Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich. Die Befragung fand zwischen dem 21. März und dem 4. April 2018 statt. Die Resultate sind nach soziodemografischen und politischen Kriterien gewichtet und sind somit repräsentativ für die erwachsene Bevölkerung in der Schweiz.

Sicherheit und Freiheit sind für die Menschen in der Schweiz eng miteinander verbunden. Der im Juni 2018 erstmals publizierte «SVV Sicherheitsmonitor» macht ein ausgeprägtes Sicherheitsbedürfnis sichtbar. Er zeigt aber auch eine tiefe Verankerung des Respekts punkto persönlicher Freiheit und dem Prinzip der Eigenverantwortung in der Schweizer Bevölkerung.

### No-Go-Areas auch in der Schweiz

Zwar fühlen sich die meisten Befragten sicher, auch wenn sie nach Einbruch der Dunkelheit in der eigenen Wohngegend zu Fuss unterwegs sind; dennoch geben 27 Prozent der Männer und sogar 53 Prozent der Frauen an, gewisse Orte aus Sicherheitsgründen zu meiden. No-Go-Areas für Frauen sind dabei häufig verlassene Orte, zum Beispiel Unterführungen oder Parkhäuser. Auffällig ist, dass sich nicht nur Frauen, sondern auch politisch rechtsstehende Personen überdurchschnittlich häufig nicht an bestimmte Orte wagen. Im zweiten Fall sind es jedoch eher «Problemquartiere» und andere städtische Gebiete, die gemieden werden. Generell sind «Bewegungsfreiheit» und das «Freisein von Angst» für Frauen zentrale Aspekte von Sicherheit und Freiheit. Dabei zeigen sich wiederum starke Übereinstimmungen mit Personen aus dem politisch rechten Spektrum. Derweil aus Frauensicht die Gefahr eines Übergriffs im Vordergrund steht, geht es bei politisch Rechtsstehenden eher um das Fremde, das Unsicherheit auslöst.

### Zunahme extremer Naturereignisse befürchtet

Geht es um die Einschätzung von persönlichen Risiken im Leben, steht der Arbeitsplatzverlust an erster Stelle: 21 Prozent gehen hier von einem grossen mittelfristigen Risiko aus. Weit weniger gefürchtet wird ein Angriff auf Leib und Leben (9 %). Gemessen an der tatsächlichen Häufigkeit, wird das Risiko eines Angriffs auf Leib und Leben dennoch besonders oft überschätzt. Ähnlich oft überschätzt wird nur das Risiko, von einem extremen Naturereignis betroffen zu sein. Hier gehen jedoch drei Viertel der Befragten davon aus, dass die Häufigkeit solcher Ereignisse zunehmen wird. «Unvernünftige» Risiken gehen

die Erwachsenen in der Schweiz am weitaus häufigsten im Strassenverkehr ein, obwohl sie sich selber in diesem Bereich nicht als besonders risikofreudig einschätzen. Die wenigsten «unvernünftigen» Risiken gehen die Befragten gemäss Selbstangabe bei Versicherungen und Finanzanlagen ein.

Als technische Massnahme zur Erhöhung der Sicherheit im Strassenverkehr eignen sich aus Sicht einer relativen Mehrheit Fahrassistenzsysteme für Autos, nicht jedoch selbstfahrende Autos. Nur 18 Prozent gehen dagegen davon aus, dass autonome Fahrzeuge die Sicherheit erhöhen werden. 42 Prozent befürchten das Gegenteil. Auch im Finanzsektor sehen die Befragten eher mehr Unsicherheit auf sie zukommen. Dies gilt insbesondere für Kryptowährungen wie Bitcoin. Eine knappe relative Mehrheit denkt jedoch auch, dass bargeldloses Bezahlen eher weniger als mehr Sicherheit bringt.

### **Eigenverantwortung statt Verbote**

Trotz verbreitetem Sicherheitsbedürfnis gibt es keine Mehrheit für eine polizeiliche Onlineüberwachung ohne konkreten Tatverdacht. Gar nur 19 Prozent der Befragten sind für ein Verbot von Base-Jumping, einer Risikosportart, die regelmässig tödliche Unfälle nach sich zieht. Eingriffe in die persönliche Freiheit werden nicht ohne Weiteres hingenommen. Zugleich gehen jedoch viele davon aus, dass wer in seinem Leben besondere Risiken eingeht, auch selber dafür Verantwortung übernehmen soll. Nur rund ein Drittel ist der Ansicht, dass bei einem Unfall in einer Risikosportart die Versicherung die Behandlungskosten der Betroffenen vollumfänglich übernehmen soll. Je ein Drittel denkt, dass diese geteilt oder gar ganz durch die Unfallverursachenden getragen werden sollen.

Noch ausgeprägter wird das Verursacherprinzip für Personen gefordert, die trotz offizieller Reisewarnung in ein Land reisen und dort entführt werden. Eher überraschend ist in diesem Kontext der ausgeprägten Eigenverantwortung, dass 65 Prozent der Befragten die Einführung einer Helmpflicht beim Velofahren unterstützen. Offenbar wird hier der Eingriff in die persönliche Freiheit als weniger gravierend angesehen. Der Trend zu Schutz- und Sicherheitsausrüstungen scheint hier von der Bevölkerung voll und ganz mitgetragen zu werden.

### **Verunsicherung bezüglich Altersvorsorge**

Das Prinzip der Eigenverantwortung zeigt sich auch in der finanziellen Lebenssicherung. Bei einer finanziellen Notlage steht für die meisten zuerst das eigene Ersparnis, dann die Familie und erst an letzter Stelle der Sozialstaat im Fokus. Dennoch ist die Sorge um das finanzielle Netz der Lebenssicherheit weit verbreitet. Nur 36 Prozent sehen heute ihr Sicherheitsbedürfnis bezüglich Altersvorsorge befriedigt. Drei Viertel gehen davon aus, dass in Zukunft weniger Geld für die AHV-Renten zur Verfügung stehen wird. Derweil nur eine Minderheit für sich

selber einen einmaligen Kapitalbezug des Pensionskassenguthabens wünscht, stellt sich eine klare Mehrheit gegen die Abschaffung der Wahlfreiheit zwischen der Auszahlung als monatliche Rente und dem Kapitalbezug.

Auch in diesem Bereich zeigt sich eine Mischung zwischen ausgeprägter Sicherheitsorientierung und der Bejahung von Eigenverantwortung. Wie der «SVV Sicherheitsmonitor» deutlich macht, zieht sich diese typisch schweizerische Verbindung von Sicherheitsbedürfnis und Freiheitsliebe durch eine ganze Reihe von Lebensbereichen. Es ist dabei kein Zufall, dass die von den Befragten selber vorgenommenen Definitionen von «Sicherheit» und «Freiheit» oft sehr nahe beieinanderliegen.

